

Fallliste Steuerrecht

1.	<p>Beratung und Verteidigung in Steuerstraßverfahren vor dem AG Tiergarten</p> <p>Berufung vor dem LG Berlin</p>	<p>Umsatzsteuerrecht, Steuerstraßrecht</p> <p>Verteidigungsschrift und strafrechtliche Hauptverhandlung wegen Tatvorwurfs der Beihilfe zur Steuerhinterziehung als Steuerberater</p> <p>Berufungsschrift Scheinrechnungen; Beihilfestrafbarkeit von berufstypischen Handlungen; Strafbarkeit eines Steuerberaters; „Solidarisierung“-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes; Vorsatznachweis und in-dubio-pro-reo-Grundsatz</p>
2.	<p>Klage vor dem FG Berlin/Brandenburg</p>	<p>Allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Klageverfahren</p> <p>Zustellungsfragen einer Einspruchsentscheidung; Fristbeginn und Fristberechnung bei Nichterweislichkeit der Zustellung der Einspruchsentscheidung Voraussetzungen des § 222AO Ablehnung eines Stundungsantrages</p>
3.	<p>Einspruch</p>	<p>Grunderwerbssteuer sowie allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Außergerichtliche Vertretung / Einspruchsverfahren</p> <p>Begründung eines Einspruches gegen Grunderwerbssteuerbescheid wegen Rückabwicklung des Kaufvertrages (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 GrEStG); Voraussetzungen eines Erlasses wie Erlassbedürftigkeit und Erlasswürdigkeit für Zinsen und Säumniszuschläge wegen nichtfristgerechter Zahlung; § 227 AO</p>
4.	<p>Klage vor</p>	<p>Allgemeines Abgabenrecht</p>

	FG Berlin/Brandenburg	<p>Klageverfahren</p> <p>Voraussetzungen des § 284 AO; Abweichungen der Vermögensaufstellung im Sinne des Vordrucks Vollstreckung 72 der Finanzverwaltung zum allgemeinen Formular Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung: prozessuale Behandlung einer Erledigungserklärung seitens des Finanzamtes</p>
5.	Einspruch	<p>Allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Einspruchsverfahren und vorläufiger Rechtsschutz nach § 361 Abs. 2 AO</p> <p>Einspruch gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss; Antrag nach § 850 k ZPO; Probleme des § 319 AO i.V.m. §850-852 ZPO</p>
6.	Einspruch	<p>Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer</p> <p>Außergerichtliche Vertretung / Einspruchsverfahren</p> <p>Voraussetzungen einer Schätzung nach § 162 AO bei Nichtabgabe von Steuererklärungen</p>
7.	Einspruch	<p>Allgemeines Abgabenrecht, Umsatzsteuerrecht</p> <p>Einspruchsverfahren</p> <p>Probleme der Fälligkeit von Umsatzsteuern bei Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens; Voraussetzung einer nachträglichen Korrektur gem. § 18 UStG; Voraussetzung von Schätzungen gem. § 162 AO; Voraussetzungen eines Haftungsbescheids nach § 69 AO; Fristbeginn bei öffentlicher Zustellung nach § 15 Abs. 1a VwZG; vgl. auch § 122 Abs. 5 S.2 AO; § 9 VwZG; Voraussetzung für öffentliche Zustellung; Begriff der groben Fahrlässigkeit;</p>

		Problematik des Umfangs des Haftungsschadens
8.	Verteidigung in Steuerstrafverfahren vor dem AG Tiergarten	<p>Umsatzsteuer, Steuerstrafrecht</p> <p>Umfangreiche Verteidigungsschrift und strafrechtliche Hauptverhandlung wegen Tatvorwurf der mehrfachen Jahresumsatzsteuerhinterziehung</p> <p>Voraussetzungen des Kompensationsverbots des § 370 Abs. 4 S. 3 AO; Berücksichtigung auf der Strafzumessungsebene; Umsatzsteuer als Fälligkeitssteuer; Unterschied zwischen Umsatzsteuervoranmeldungen und Jahresumsatzsteuererklärungen; Frage der einheitlichen Tat; Strafbarkeit wegen Nichtabgabe von Jahresumsatzsteuererklärungen (§ 370 Abs.1 Nr. 2 AO) bei bereits laufenden Ermittlungen; nemo-tenetur Grundsatz und Rechtsprechung zum Selbstbelastungsverbot bei bereits laufenden Ermittlungen; Strafbarkeit bei verspäteter Abgabe der Umsatzsteuererklärungen; Rechtsprechung zur Selbstanzeige und subjektiver Tatvorwurf bei verspäteter Abgabe; Tatsächlicher Hinterziehungsschaden; Auseinanderfallen von steuerrechtlichem Erhebungsverfahren und strafrechtlich festzustellendem Hinterziehungsbetrag; Berücksichtigung von „schwarzen“ Betriebsausgaben für Löhne etc. bei festzusetzendem Steuerschaden trotz Kompensationsverbot; Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Voraussetzungen der strafrechtlichen Feststellungen; Zeugenbeweis durch Vernehmung des Steuerfahnders genügt entgegen „Landrecht“ hierfür nicht; Rechtsprechung des BGH mit Berechnungsdarstellungen zu § 370 AO; Neue Rechtsprechung zu Art 6 EMRK - Problematik der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 24.11.2006 (BGH 5 STR 206/04</p>
9.	Verteidigung in Steuerstrafverfahren vor dem LG Berlin	<p>Umsatzsteuer, Steuerstrafverfahren</p> <p>Gerichtliche Vertretung und Hauptverhandlung im Steuerstrafverfahren; umfangreiche schriftliche Berufungsbegründungserwiderungsschrift; II. Instanz der obigen unter lfd Nr. 7 Angelegenheit</p> <p>Voraussetzungen des Kompensationsverbots des § 370 Abs. 4 S. 3 AO; Berücksichtigung auf der Strafzumessungsebene; Umsatzsteuer als Fälligkeitssteuern; Unterschied zwischen Umsatzsteuervoranmeldungen und Jahresumsatzsteuererklärungen; Frage der einheitlichen Tat; Strafbarkeit wegen Nichtabgabe von Jahresumsatzsteuererklärungen (§ 370 Abs.1 Nr. 2 AO) bei bereits laufenden Ermittlungen; nemo-tenetur Grundsatz und Rechtsprechung zum Selbstbelastungsverbot bei bereits laufenden</p>

		<p>Ermittlungen; Strafbarkeit bei verspäteter Abgabe der Umsatzsteuererklärungen; Rechtsprechung zur Selbstanzeige und subjektiver Tatvorwurf bei verspäteter Abgabe; Tatsächlicher Hinterziehungsschaden; Auseinanderfallen von steuer-rechtlichem Erhebungsverfahren und strafrechtlich festzustellendem Hinterziehungsbetrag; Berücksichtigung von „schwarzen“ Betriebsausgaben für Löhne etc. bei festzusetzendem Steuerschaden trotz Kompensations-ver-bot; Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Voraussetzungen der strafrechtlichen Feststellungen; Zeugenbeweis durch Vernehmung des Steuerfahnders genügt entgegen „Landrecht“ hierfür nicht; Rechtsprechung des BGH mit Berechnungsdarstellungen zu § 370 AO; Neue Rechtsprechung zu Art 6 EMRK - Problematik der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 24.11.2006 (BGH 5 STR 206/04</p>
10.	Einspruch	<p>Grundsteuer</p> <p>Einspruchsverfahren</p> <p>Berechnung der Grundsteuer in Berlin; Unterschied Grundlagenbescheid und Feststellungsbescheid; Voraus-setzungen der Akteneinsicht in Grundsteuerakte</p>
11.	Einspruch	<p>Allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Einspruchsverfahren</p> <p>Fälligkeitstermine für Zahlung nach Bekanntgabe eines Steuerbescheids; Voraussetzung der Festsetzung von Säumniszuschlägen ; Geltung der §§ 36 Abs. 4 2 HS sowie § 37 Abs. 4 Satz 2 EStG</p>
12.	Klage vor dem LG Berlin	<p>Körperschaftsteuerrecht, Einkommensteuerrecht</p> <p>Klageverfahren</p> <p>Haftung eines Steuerberaters; neuste Rechtsprechung des BGH zur Haftung einer GbR Gesellschafter bei einer Steuerberaterkanzlei; Beginn der</p>

		<p>Verjährung gem. § 68 StGB; Voraussetzungen des § 6b EStG bei Grundstücksgesellschaft; Unterschied Anlage und Umlaufvermögen; Fristberechnung für § 6b EStG richtet sich nach Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums; also Übergang der Verfügungsmacht (bei Grundstücken Lastenwechsel), auch wenn sich aus § 6b EStG dies nicht unmittelbar ergibt; Rechtsprechung und Kommentar-literatur zu § 6b EStG zur Berechnung der sechs Jahresfrist</p>
13.	Einspruch	<p>Einkommensteuer</p> <p>Einspruchsverfahren</p> <p>Voraussetzungen für die Festsetzung und Höhe von Einkommensteuervorauszahlungen</p>
14.	Klage vor dem LG Stuttgart	<p>Einkommenssteuerrecht</p> <p>Klageverfahren</p> <p>Haftung eines Wirtschaftsprüfers, Voraussetzungen des § 15 a I Satz 2 EStG zur Geltendmachung von Verlusten, Zwingende Eintragung in das Handelsregister von Haftungsübernahmeerklärungen von Kommanditisten; Beginn der Verjährung bei Haftung von Wirtschaftsprüfern; Rechtsfolge der Tatsache, dass Kommanditist tatsächlich Einlage nicht erbrachte; Problematik der Auslegung des § 15 a I 3 EStG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BFH; Auslegung des Urteils des BFH vom 14.5.1991 (V III 111/86; BStBl. 1992 II S.164) zur Auslegung des § 15 a I 3 EStG („nach Art und Weise des Geschäftsbetriebs eine Haftung des Kommanditisten unwahrscheinlich ist“); Auswirkungen des Ausscheidens eines Kommanditisten im Hinblick auf § 15 a EStG; Aufgabegewinn durch Übertragung des Anteils etc.</p>
15.	Berufungsverfahren vor dem OLG Stuttgart in Sache lfd. Nr. 12	<p>Einkommensteuerrecht</p> <p>Klage/Berufungsverfahren aus lfd. Nr. 12</p>

		Haftung eines Wirtschaftsprüfers, Voraussetzungen des § 15 a I Satz 2 EStG zur Geltendmachung von Verlusten, Zwingende Eintragung in das Handelsregister von Haftungsübernahmeerklärungen von Kommanditisten; Rechtsfolge der Tatsache, dass Kommanditist tatsächlich Einlage nicht erbrachte; Problematik der Auslegung des § 15 a I 3 EStG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BFH; Auslegung des Urteils des BFH vom 14.5.1991 (V III 111/86; BStBl. 1992 II S.164) zur Auslegung des § 15 a I 3 EStG („nach Art und Weise des Geschäftsbetriebs eine Haftung des Kommanditisten unwahrscheinlich ist“); Auswirkungen des Ausscheidens eines Kommanditisten im Hinblick auf § 15 a EStG; Aufgabegewinn durch Übertragung des Anteils etc. Beginn der Verjährung bei Haftung von Wirtschaftsprüfern
16.	Klage vor dem LG Berlin	Körperschaftsteuerrecht, Einkommenssteuerrecht Klageverfahren Haftung eines Steuerberaters; Beginn der Verjährung gem. § 68 StGB; Voraussetzungen des § 6b EStG bei Grundstücksgesellschaft; Unterschied Anlage und Umlaufvermögen; Fristberechnung für § 6bEStG richtet sich nach Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums; also Übergang der Verfügungsmacht(bei Grundstücken Lastenwechsel), auch wenn sich aus § 6b EStG dies nicht unmittelbar ergibt; Rechtsprechung und Kommentar-literatur zu § 6b EStG zur Berechnung der sechs Jahresfrist
17.	Einspruch	Einkommensteuer, allgemeines Abgabenrecht Einspruch und einstweiliger Rechtsschutz Voraussetzungen § 319 AO i.V.m. § 850-852 ZPO; Definition des Begriffs Arbeitseinkommen i.S.d. § 19 EStG; § 850 k ZPO; Vollstreckungsschutz gegen Pfändungen des Finanzamtes
18.	Vertretung und Verteidigung im steuerlichen Erhebungs- und Ermittlungsverfahren wegen	Steuerstrafrecht Abgabe einer strafbefreienden Erklärung nach StraBEG, Einkommenssteuerrecht, Körperschafts-steuerrecht, insbesondere Vermögenssteuerrecht, Steuerstrafverfahren, Allg. Abgabenrecht

	<p>Steuerhinterziehung</p> <p>Abgabe einer strafbefreienden Erklärung nach StraBEG</p>	<p>Förmliche Vertretung, umfangreiche Schriftsätze mit Begründungen; Abgabe einer strafbefreienden Erklärung nach StrBEG</p> <p>Verjährungsbeginn bei Verdacht der Vermögenssteuerhinterziehung ; Fristdauer für nicht deklarierte Zinsen auf ausländischem Konto; § 170, § 171 Abs.5 AO; Rechtsprechung des Niedersächsischen Finanzgerichts zur Frage, ob nach Ablauf der Regelfestsetzungsverjährung bei Nichtabgabe von Vermögenssteuererklärungen eine subjektiver Vorsatz im Sinne des § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO; Problematik der Zurechnung thesaurierender Fonds (vgl. §§ 35 Abs.1, 43a, 45 KAGG; § 20 Abs.1 Nr. 1 EStG); ungeklärte Vermögenszuwächse; Schätzungsgrundlagen § 162 AO; Voraussetzungen und Rechtsfolge einer strafbefreienden Erklärung nach StraBEG; Definition der Tatentdeckung und damit Ausschluss gemäß § 7 StraBEG; Unterschied von § 7 StraBEG zu § 371 Abs. 2 AO bei Tatentdeckung, Verwaltungspraxis zur Handhabung des § 7 StraBEG; und Verhältnis zu einer Selbstanzeige</p>
19.	<p>Klage vor dem VG Berlin</p>	<p>Allg. Abgabenrecht, Einkommensteuerrecht, Umsatzsteuerrecht, Auswirkungen von Steuerschulden beim Finanzamt</p> <p>Klage</p> <p>Voraussetzung der Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit gem. § 35 GewO bei Steuerschulden; Höhe der Steuerschulden als Kriterium, Mitteilungspflichten des Finanzamtes bei Steuerschulden des Gewerbetreibenden</p>
20.	<p>Förmliche Vertretung im Rahmen einer Betriebsprüfung</p>	<p>Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Abgabenordnung</p> <p>Vertretung eines Gesellschafters im Rahmen der Betriebsprüfung einer GbR; Besprechungen mit Betriebsprüfer sowohl auf Amtsstelle auch mehrfach per Telefon</p> <p>Voraussetzungen für Ansparrücklage nach § 7 g EStG, neue Rechtsprechung des BFH zu den Voraussetzungen und Nachweis der Bildung einer Ansparrücklage; ausreichend für Nachweis nach BFH, wenn bei Gesamtsumme für mehrere geplante Einzelinvestitionen die einzelnen Posten in einer Liste zusammengestellt werden (BFH, Aktenzeichen: XI R 52/04, die jedoch erst bei Bedarf beim Finanzamt einzureichen ist. Problematik der gewinnerhöhenden Auflösung einer Ansparrücklage nach Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer GbR; bei streitiger Auseinandersetzung § 183 Abs. 2 AO mit eigenständigem Vertretungsrecht eines ausgeschiedenen Gesellschafters; Voraussetzungen der Anerkennung von Fahrtenbüchern; Betriebsausgaben bei</p>

		Sonderbetriebs-vermögen; Problematik von Sonderbetriebsvermögen bei Personengesellschaften nach Ausscheiden eines Gesellschafters
21.	Förmliche Vertretung bei Vorankündigung eines Haftungsbescheides	<p>Gewerbesteuer, passive Gewerbesteuererlegung, allg. Abgabenrecht</p> <p>Vertretung gegen Erlass eines Haftungsbescheides nach § 69 AO; Umfangreicher „Einspruchsbegründungs-schriftsatz“</p> <p>Haftung eines Altgeschäftsführers nach § 69 AO; Verjährungsvorschriften des § 191 i.V.m.§§69,34 AO; Problematik der Entstehung und Fälligkeit von Gewerbesteuerschulden; Haftungsvoraussetzung des § 69 AO; Reichweite des § 34 Abs.1 S.2 AO bei Geschäftsführerwechsel (BFH vom 27.10.1987, VII R 12/84 zur Geschäftsführerhaftung), Verfahrenssperre des § 191 Abs. 3 AO, Ausübung des ordnungsgemäßen Entschließungs- und Auswahlermessens des FA gemäß § 191 Abs.1 und Abs. 5 AO</p>
22.	Klage vor dem LG Berlin	<p>Allg. Abgabenrecht, Buchführung und Bilanzen, Jahresab-schlüsse</p> <p>Klageverfahren Steuerberaterhaftung</p> <p>Verbot von Rechtsberatung durch Steuerberatern; Vergütungsansprüche von Steuerberatern; Anspruch auf Herausgabe von Steuerunterlagen Problematik der DATEV-Registrierung und Mitnahme der DATEV Registrierung</p>
23.	Verteidigung in strafrechtlichem Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung	<p>Steuerstrafrecht mit Bezug Einkommensteuer, Gewerbe-steuer, Umsatzsteuer, allg. Abgabenrecht</p> <p>Verteidigung mit umfangreichen Verteidigungsschriftsatz</p> <p>Schätzungsgrundlagen § 162 AO; Nichterklärbare Bareinzahlungen auf Privatkonten, Beweislastprobleme:</p> <p>Begriff eines Amtsträgers im Sinne des § 7 AO als Bediensteter des Finanzamtes</p>

24.	Förmliche Vertretung bei Vorankündigung eines Haftungsbescheides	<p>Allgemeines Abgabenrecht, Einkommenssteuer</p> <p>Vertretung gegen Erlass eines Haftungsbescheides nach § 69 AO; Schriftlicher „Einspruchsbegründungsschriftsatz</p> <p>Haftung eines Kommanditisten für Steueransprüche gegen KG; Voraussetzungen des § 69 AO; Haftungs-beschränkung gemäß 171 HGB</p>
25.	Vertretung gegenüber FA	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Besprechung mit dem Finanzamt</p> <p>Festsetzung von Umsatzsteuern trotz Verrechnung; Problematik der USt-Pauschalvorauszahlung bei einmonatiger Dauerfristverlängerung</p>
26.	Einspruch gegen GbR-Feststellungsbescheide	<p>Einkommensteuer, allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Vertretung eines Gesellschafters im Rahmen streitiger Gesellschafterauseinandersetzung beim Finanzamt für Feststellungsbescheid 2002</p> <p>Voraussetzungen der (nachträglichen) Änderung der einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellungsbescheide einer Freiberufler GbR nach Ausscheiden unseres Mandanten; Abweichen der tatsächlichen Entnahmen von den zugewiesenen Gewinnen; neue Tatsachen nach Gerichtsprozess (Vergleich) über ausstehende Gewinnauszahlungsansprüche wenn GbR und andere Gesellschafter im Zivilverfahren behaupten, Gewinnzuweisungen seien in der Steuererklärung falsch ausgewiesen worden; Voraussetzungen des § 175 AO</p>
27.	Einspruch	Einkommensteuer, allgemeines Abgabenrecht

		<p>Wie lfd Nr. 25, jedoch für Feststellungsbescheid 2003</p> <p>Voraussetzungen der (nachträglichen) Änderung der einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellungs-bescheide einer Freiberufler GbR nach Ausscheiden unseres Mandanten; Abweichen der tatsächlichen Entnahmen von den zugewiesenen Gewinnen; neue Tatsachen nach Gerichtsprozess (Vergleich) über ausstehende Gewinnauszahlungsansprüche wenn GbR und andere Gesellschafter im Zivilverfahren behaupten, Gewinnzuweisungen seien in der Steuererklärung falsch ausgewiesen worden; Voraussetzungen des § 175 AO</p>
28.	Klage vor dem LG Berlin	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Klage gegen Versicherung auf Erstattung von (nur noch) Umsatzsteuer</p> <p>Diebstahl eines Kfz; Problematik der Erstattung der Umsatzsteuer im Hinblick auf § 249 Abs. 2 Satz 2 BGB bzw. hier § 13 Abs. 7 AKB; Voraussetzungen/Unterschied Betriebsvermögen/Privatvermögen bei Selbstständigen; Unterschied Regelbesteuerung von Differenzbesteuerung gemäß § 25 a UStG bzw. § 25a Abs. 6 Satz 1 UStG</p>
29.	Beratung	<p>Einkommensteuer, Umsatzsteuer</p> <p>Beratungstätigkeit/Betriebsprüfung</p> <p>Voraussetzungen der Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 21 UStG ; Vorliegen einer Einrichtung im Sinne des § 4 Nr. 21 UStG; Prüfung der Umsatzsteuerrichtlinie zu § 4 Nr. 21 UStG</p>
30.	Förmliche Vertretung/Beratung	<p>Umsatzsteuer/Steuerstrafrecht</p> <p>Beratung und Vertretung gegenüber Verwaltungs-behörde</p> <p>Auswirkungen einer Verurteilung wegen Steuerhinter-ziehung auf den Begriff</p>

		der Zuverlässigkeit im Sinne des § 35 GewO; hier konkret: Berechtigung zur Ausbildung von Azubis gemäß § 14 Berufsbildungsgesetz
31.	Beratung	<p>Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer, Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Steuerhinterziehung durch Nichtangabe von Einkünften in Einkommensteuererklärung; Aufdeckung im Rahmen einer Betriebsprüfung; Kontrollmitteilungen; Nacherklärung gemäß § 153 AO, Selbstanzeigeberatung</p>
32.	Beratung	<p>Allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant will wissen, in welchem Zeitraum mit Betriebsprüfungen zu rechnen sei; Bedeutung des § 164 AO (unter Vorbehalt der Nachprüfung); Hinweis auf das Schreiben des BMF vom 21. September 2006, AZ: IV A /-S.1450- 29/06) auf die Größenklassen von Unternehmen und dass es von dieser Einteilung in Groß-Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe anhänge, wie groß das Risiko einer Betriebsprüfung sei (es sei denn Verdacht auf Steuerhinterziehung; Kontrollmitteilungen oder anonyme Anzeigen lösen eine Prüfung aus; Mandant meint, Verdacht auf Steuerhinterziehung sei nicht der Anlass der Anfrage gewesen</p>
33.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Problematik der Abzugsfähigkeit von Schulgeld (§ 10 EStG); Voraussetzungen einer Schule; Unterschied Ergänzungsschule von Ersatzschule hier konkret: British School</p>

34.	Beratung	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen von allgemeinem Mandatsverhältnis</p> <p>Mandant ist Arzt und will neuen Mietvertrag abschließen; Erläuterung des § 9 Abs. 2 UStG in Erläuterung entsprechender Formulierungen in Mietvertrag von gewerblichem Vermieter</p>
35.	Beratung	<p>Steuerstrafrecht, Einkommensteuer, Umsatzsteuer</p> <p>Außergerichtliche Beratung, Steuerfahndung / Steuer-strafverfahren</p> <p>Beratung Rechtsschutz gegen Durchsuchungsbeschlüsse, Verhalten gegenüber der Fahndung; Voraussetzungen der Hinzuschätzung; strafrechtliche Folgen</p>
36.	Beratung	<p>Erbschaftssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit Nachlasssteuererklärung / Beratung / Bewertung</p> <p>Erbschaftssteuer; Freibeträge für Ehegatten, Berücksichtigung von Verbindlichkeiten bei Nachlasswert, Problematik von Schuldbeitritten, also mögliche Gesamtschuldhaftung des Ehegatten gegenüber Banken für die Bewertung des Wertes des Nachlasses, Abstimmung der Erbschaftssteuererklärung mit Steuerberater</p>
36a)	Beratung im Zusammenhang für Vergleiche bei diversen Gerichtsverfahren (da immer die gleiche Problematik wurden diese als ein Fall behandelt)	<p>Einkommensteuer</p> <p>Klageverfahren, steuerliche Konsequenzen eines Vergleiches</p> <p>Klage auf Rückabwicklung von „Schrottimmobilien“ bzw. wertlosen Immobilienfondsanteilen; Problematik der steuerlichen Behandlung, wenn im</p>

	<p>LG Berlin</p> <p>Kammergericht</p>	<p>Zuge eines Vergleichs die Anteile rückübertragen werden; ggfs. 10 Jahresfrist bei Immobilien, Gefahr der Änderung der Steuerbescheide mit Nachforderungen des Finanzamtes</p>
36 b)	<p>Klage vor dem</p> <p>LG Berlin</p> <p>Fortführung vor dem Kammergericht</p>	<p>Einkommensteuer</p> <p>Klageverfahren, Beratung über steuerliche Konsequenzen eines Vergleiches</p> <p>Klage auf Rückabwicklung von „Schrottimmobilien“ bzw. wertlosen Immobilienfondsanteilen; Problematik der steuerlichen Behandlung, wenn im Zuge eines Vergleichs die Anteile rückübertragen werden; ggfs. 10 Jahresfrist bei Immobilien, Gefahr der Änderung der Steuerbescheide mit Nachforderungen des Finanzamtes</p>
36 c)	<p>Klage vor dem</p> <p>LG Berlin</p>	<p>Einkommensteuer</p> <p>Klageverfahren, steuerliche Konsequenzen eines Vergleiches</p> <p>Klage auf Rückabwicklung von „Schrottimmobilien“ bzw. wertlosen Immobilienfondsanteilen; Problematik der steuerlichen Behandlung, wenn im Zuge eines Vergleichs die Anteile rückübertragen werden; ggfs. 10 Jahresfrist bei Immobilien, Gefahr der Änderung der Steuerbescheide mit Nachforderungen des Finanzamtes</p>
36 d)	<p>LG Berlin</p>	<p>Einkommensteuer</p> <p>Klageverfahren, steuerliche Konsequenzen eines Vergleiches</p> <p>Klage auf Rückabwicklung von „Schrottimmobilien“ bzw. wertlosen Immobilienfondsanteilen; Problematik der steuerlichen Behandlung, wenn im</p>

		Zuge eines Vergleichs die Anteile rückübertragen werden; ggfs. 10 Jahresfrist bei Immobilien, Gefahr der Änderung der Steuerbescheide mit Nachforderungen des Finanzamtes
37.	Beratung	<p>Einkommensteuer/Körperschaftssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Gründung eines Unternehmens; steuerlicher Belastungsvergleich Personengesellschaft zu Kapital-gesellschaft; Grundsätzliche Erläuterung der unterschiedlichen Besteuerung; Unterschied Geschäftsführergehalt bei GmbH zu Personengesellschaft</p>
38.	Beratung	<p>Einkommensteuerrecht, allgemeines Abgabenrecht, Steuerstrafrecht</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant fragt an, ob nicht angegebene Zinseinkünfte in der Vergangenheit durch Banken in Deutschland gemeldet werden; Hinweis auf die neuen Kontrollmöglichkeiten des Finanzamtes über Kontenabfragen, Voraussetzung der Abfragen zu Konten und Depots (§§ 93,93 b AO) Kontenabrufverfahren (§ 24 c KWG), Selbstanzeigeberatung</p>
39.	Förmliche Vertretung ggfs. Einspruch gegenüber Finanzamt	<p>Einkommensteuer/Körperschaftsteuer, allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Förmliche Vertretung</p> <p>Liquidation einer GmbH; Streitige Auseinandersetzung der ehemaligen Geschäftsführer und jetzigen Liquidatoren; Abwicklung/Einreichen von Steuererklärungen beim Finanzamt bei unterschiedlicher Rechtsauffassung und Weigerung der Mitwirkung eines Liquidators, Problematik, ob ein Verkehrsunfall des Geschäftsführers einer GmbH mit Geschäftswagen auf betrieblich veranlasster Fahrt eine zu aktivierenden Schadensersatzanspruch der Gesellschaft auslöst bzw. andernfalls die Nichtaktivierung zu einer Steuerverkürzung oder verdeckten Gewinnausschüttung führt</p>

40.	Beratung	<p>Einkommensteuer/Körperschaftsteuer, allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Beratung</p> <p>Kauf eines Einzelunternehmens; Ziel der Vermeidung von möglichen Steuerschulden des Zielunternehmens; Problematik des § 75 AO; Belastungsvergleich Personengesellschaft/GmbH; Möglichkeit stille Reserven ohne Aufdeckung zu überführen nach Umwandlungssteuerrecht; Erörterung der Auswirkungen der geplanten Unternehmenssteuerreform</p>
41.	Beratung	<p>Einkommensteuerrecht, Gewerbesteuerrecht</p> <p>Beratung</p> <p>Mandantschaft hat Unternehmen/Gasthof verkauft und wollte aus Verkaufserlös Altersabsicherung haben; Steuerberater hat nicht darüber aufgeklärt, dass ein steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn (vgl. auch §§ 16, 34 EStG) entsteht; Prüfung der Haftung des Steuerberaters, Verjährung von Haftungsansprüchen von Steuerberatern nach § 68 StBerG (a.F.), Abstellen auf die Zustellung des belastenden Bescheides</p>
42.	Beratung im Zusammenhang mit Zivilprozess	<p>Einkommensteuer, allgemeines Abgabenrecht, Umsatzsteuer</p> <p>Beratung</p> <p>Steuerliche Voraussetzungen einer Freiberufler GbR bei Vorwurf der „Scheingesellschaft“; Voraussetzung der steuerlichen Anerkennung eines Mitgesellschafters (Tragen von Unternehmerrisiko und Unternehmerinitiative); Voraussetzungen einer Umsatzsteuerbefreiung</p>
43.	Beratung	Einkommensteuer, Grunderwerbssteuer

		<p>Beratung</p> <p>Rückabwicklung eines Immobilienkaufvertrages; Beratung über steuerliche Auswirkungen bei Rückabwicklung; vgl. § 16 Abs. 1 Nr. 2 GrEStG)</p>
44.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant hat Mietswohnhaus; es gibt hohe Anlaufverluste durch hohe Fremdfinanzierung; vermietet wird dazu noch verbilligt an Kinder, er hat von Steuerberater gehört, dass es Schwierigkeiten bei steuerlicher Anerkennung geben könnte, wenn nicht nach Ablauf bestimmter Zeit Einnahmeüberschüsse erzielt werden (Problematik einer Liebhaberei); Mandant bittet um zweite Meinung; Hinweis darauf, dass trotz Tendenz der Finanzverwaltung zur Unterstellung von Liebhaberei der Grundsatz gilt, dass derjenige, der sich bei Vermietung im Rahmen des üblichen hält, den Tatbestand des § 21 EStG verwirklicht, auch wenn Jahrelang Verluste erzielt werden. Hinweis auf BMF BStBl.1992, S.434 mit Vermutung des ersten Anscheins für Einkünfteerzielungsabsicht; so auch BFH v.30.9.1997, BStBl. II 1998,771), typisierende Betrachtung greift aber dann nicht, wenn erheblich verbilligt vermietet wird (nach BFH weniger als 75 % der ortsüblichen Miete; BFH 05.11.2002), hier daher Sicherstellung durch Miete mit Kindern, welche der ortsüblichen Höhe entspricht</p>
45.	Beratung	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Ersteigerung eines Grundstückes aus der Insolvenz; Problematik, ob die Option nach § 9 Abs. 3 UStG dem Ersteigerer zur Kenntnis gegeben werden muss; Haftungsvoraussetzungen der „Geschäftsveräußerung“ gemäß § 1 Abs.1 a) UStG ; Berichtigungszeitraum des § 15 a UStG (hier § 15 a Abs. 6 a) UStG) und Gefahr der Rückerstattung von Vorsteuerbeträgen; Problematik, ab wann es sich um eine steuerbare Grundstücksver-äußerung nach § 4 Nr. 9 UStG handelt; Formulierungs-vorschlag für Schreiben des Steuerberaters; Steuerberater übernahm Formulierungsvorschlag</p>

46.	Beratung	<p>Einkommensteuer;</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Junger Kollege fragt an, ob man bescheid wisse: Kanzlei will sich trennen; Kollege wird darauf hingewiesen, dass zwingend von Einnahmen-Überschuss auf Bilanzierung überzugehen ist; Wechsel der Gewinnermittlungsart kann zu Übergangsgewinn führen; dies ist zwingend mit Steuerberater zu erörtern; Veräußerungspreis ist Einkunft aus selbständiger Arbeit (§ 18 Abs. 3 EStG), aber er fällt an bei Veräußerer, egal wann Kaufpreis gezahlt wird, daher wäre es besser den Zeitpunkt der Veräußerung/Stichtag nicht auf den 31.12. des Jahres zu legen, sondern in das Folgejahr zu verlegen; keine Umsatzsteuer für Verkaufspreis (§ 4 Nr. 8 f UStG bzw. bei Einzelkanzlei § 1 Abs. 1 a UStG)</p>
47.	Beratung	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Telefonische Beratung</p> <p>Beratung eines Kollegen wegen Umsatzsteuerpflicht für ausländischen Mandanten, welcher nicht in Deutschland wohnansässig ist; Erläuterung der § 3 und § 3a UStG, hier konkret § 3 a Abs.3 S .3 UStG; daher keine Umsatzsteuer zu erheben (spart 19% für seinen Mandanten)</p>
48.	Beratung	<p>Vergnügungssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit; Prüfung eines Steuerbescheids, Zweitbegutachtung des Klageverfahrens vor dem Verwaltungsgericht/OVG</p> <p>Vergnügungssteuersatzung der Stadt Duisburg, Voraussetzung einer Schätzung; Erotikmesse als Tanzveranstaltung/Stripteasedarbietung im Sinne der Vergnügungssteuersatzung</p>

49.	Beratung	<p>Grunderwerbssteuer</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandats</p> <p>Mandant möchte von der Stadt Berlin ein historisches Gebäude erwerben aber nicht selbst als Käufer auftreten (befürchtet Verweigerung des Zuschlags), Mandant möchte über Treuhänder (besser mittelbaren Stellvertreter) Grundstück erwerben; Mandant meint lt. Steuerberater sei dies möglicherweise gemäß § 3 Nr. 8 GrEStG - die Übereignung von Treuhänder auf ihn - grunderwerbsteuerfrei; Mandat wird darauf hingewiesen, dass m.E. dieser Fall nicht von § 3 Nr. 8 GrEStG erfasst wird, denn die Steuerbefreiungstatbestände gelten nur, wenn Treugeber dem Treuhänder das Grundstück veräußert und später zurückerwirbt; Hinweis auf Erlasse der Länder zu Treuhandfällen; Mandant nahm Abstand von Vorhaben</p>
50.	Beratung	<p>Einkommenssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines umfassenden Mandates</p> <p>Mandant soll Restschuldbefreiung in Millionenhöhe durch Bank erhalten; Problematik der steuerlichen Konsequenzen; umfassende Beratung und Abstimmung mit WP/Steuerberatern; notwendige Aufteilung in gewerblichen und persönlichen Bereich; gewinner-höhender Zufluss durch Restschuldbefreiung; § 52 Abs. 3 Satz 3 EStG i.V.m. 16,34 EStG; Voraussetzung der § 22 i.V.m. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG wenn innerhalb 10 Jahresfrist veräußert wird; Problematik der Verlustabzugsbeschränkung des § 10 a EStG; Verteilung der Einkünfte bzw. Schuldbefreiung auf mehrere Jahre; Erörterung der Problematik von Schenkungssteuer im privaten Bereich durch Restschuldbefreiung</p>
51.	Beratung/förmliche Vertretung gegenüber Steuerberater	<p>Allgemeines Abgabenrecht, Steuerberatervergütung</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Problematik der Einreichung von Steuererklärungen bei Streitigkeiten mit Steuerberater; DATEV Unterlagen und Überleitung der Buchhaltung auf neue Steuerberater; Honoraransprüche eines Steuerberaters; hier § 4 und 14 StBGebV; Zurückbehaltungsrechte von Steuerunterlagen</p>

52.	Außergerichtliche Vertretung und Beratung	<p>Allgemeines Abgabenrecht, Steuerstrafrecht, Einkommensteuer/Gewerbsteuer/Körperschaftsteuer/Umsatzsteuer</p> <p>Außergerichtliches und gerichtliches Verfahren / Klageverfahren vor dem Landgericht Berlin; Fertigung einer umfangreichen Strafanzeige und Strafantrages unter anderem wegen Steuerhinterziehung; unmittelbare Korrespondenz mit der Steuerfahndung</p> <p>Mandant nimmt Gegenseite/Geschäftsführer und Gesellschafter einer insolventen GmbH u.a. aus existenzvernichtendem, Eingriff und § 826 BGB in Haftung; insolvente GmbH; Steuerhinterziehung durch Überführen der Wirtschaftsgüter der GmbH in Privatvermögen ohne steuerliche Erklärung; Problematik der verdeckten Gewinnausschüttung (vGa)</p>
53.	Beratung	<p>Umsatzsteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant ist Schönheitschirurg; Problematik ob Honorar hieraus der Umsatzsteuer unterliegt § 4 Nr. 14 UStG</p>
54.	Beratung	<p>Erbschaftssteuerrecht</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant ist Erbin, sie will wissen, wenn umfassende Pflichtteilsansprüche geltend gemacht werden, , ob und ab wann man diese vom Wert des Nachlasses abziehen kann; Hinweis auf § 3 Abs. 1 Nr.1; § 9 I Nr. 1 ErbStG wonach die Steuerpflicht bereits mit Geltendmachung entsteht; für den Fall des Verzichts auf die Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs keine Steuerpflicht für Pflichtteilsberechtigten gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 11 ErbStG</p>

55.	Beratung/förmliche Vertretung	<p>Einkommensteuerrecht, Umsatzsteuerrecht, Schenkungs-steuerrecht, Bewertungsgesetz</p> <p>Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit gerichtlicher Auseinandersetzung/Umsetzung eines umfassenden gerichtlichen Vergleichs</p> <p>Im Rahmen einer familiären Streitigkeit/vorweg genommenen Erbfolge wird eine GmbH & Co.KG mit Grundstücken abgewickelt; Grundstücke werden an Mutter aus GmbH & Co.KG ins Privatvermögen zurückgeführt und sodann im Zuge der vorweg genommenen Erbfolge an die Töchter verteilt; Erörterung der Problematik, dass dies sowohl einen steuerpflichtigen Entnahmegewinn bei der Mutter auslösen kann sowie Schenkungssteuern bei der Weiterübertragung an die Töchter; steuerliche Bewertung von Immobilien nach Bewertungsgesetz; Hinweis auf steuerliche Freibeträge gemäß § 16 sowie Steuersätze nach § 19 ErbStG sowie begünstigtes Vermögen gemäß § 13 a ErbStG; Hinweis auf Anrechenbarkeit von Schenkungen innerhalb der Zehnjahresfrist (§ 14 ErbStG); Diskussion der Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Bewertung von Immobilienvermögen; Problematik der Rückwirkung bei noch nicht bestandskräftigen Steuerbescheiden</p>
56.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant fragt an, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Höhe man Handwerksleistungen am Haus absetzen kann; Hinweis auf neuen § 35 a EStG; Hinweis darauf, dass Barzahlung die Voraussetzungen des § 35 a EStG nicht erfüllt</p>
57.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Steuerliche Absetzbarkeit von Reisekosten im Zusam-menhang mit Immobilienbesitz; Erläuterung der neuen Vorschriften zum Firmenwagen</p>

58.	Außergerichtliche Vertretung; Beratung	<p>Einkommenssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit / Außergerichtliche Vertretung</p> <p>Haftung eines Wirtschaftsprüfers, Voraussetzungen des § 15 a I Satz 2 EStG zur Geltendmachung von Verlusten, Rechtsfolge der Tatsache, dass Kommanditist tatsächlich Einlage nicht erbrachte; Beginn der Verjährung bei Haftung von Wirtschaftsprüfern</p>
59.	Beratung	<p>Erbschaftssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Prüfung eines Steuerbescheides; Problematik der Erbschaftsteuer bei Versicherungsleistungen auf den Todesfall</p>
60.	Beratung	<p>Einkommensteuer/Umsatzsteuer</p> <p>Beratungstätigkeit</p> <p>Anwalt will sich selbstständig machen; Voraussetzungen einer freiberuflichen Tätigkeit; Notwendigkeit der Umsatzsteuervoranmeldungen; Antrag auf Dauerfrist-verlängerung; Erklärung der Bedeutung von Vorsteuern; Erklärung der Gewinnermittlung gemäß § 4 Abs. 3 EStG im Unterschied zu Bilanzierungspflichten</p>
61.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Rahmen eines Dauermandates</p>

		<p>Mandant lebt in Frankreich und ist Geschäftsführer und Gesellschafter diverser Fitnessstudios; Erörterung der Möglichkeit, Geschäftsführervergütung im Rahmen selbständiger Tätigkeit zu erbringen; Hinweis auf Doppelbesteuerungsabkommen</p>
62.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Einfache Beratungstätigkeit</p> <p>Mandantin will wissen, ob und in welchem Umfang Kitakosten steuerlich abzugsfähig seien; Erläuterung der Neuregelungen, dass Kita Kosten bis zu maximal € 4000 seit dem 01.01.2006 geltend gemacht werden können</p>
63.	Beratung	<p>Einkommensteuer</p> <p>Beratungstätigkeit/Begleitung der Betriebsprüfung neben Steuerberatern</p> <p>Unmittelbare Fachgespräche mit Betriebsprüferin</p> <p>Streitige Auseinandersetzung von Gesellschaftern; Auswirkung von Ausscheiden eines Gesellschafters; steuerliche Behandlung von Kaufpreisansprüchen eines Gesellschafters, Steuerpflicht des Veräußerers unabhängig vom Zeitpunkt des Zahlungszuflusses des Kaufpreises, falls im Wege eines Gerichtsvergleiches Zahlungsansprüche verrechnet werden, Übergang von § 4 Abs. 3 EStG zu Bilanzierung führt zu Übergangsgewinn, Voraussetzung der Bildung von wiederholten Ansparabschreibungen gemäß § 7 g EStG (BFH Urteil vom 06.09.2006, AZ: XI R 28/05)</p>
64.	Beratung	<p>Einkommenssteuer</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant will wissen, welche Voraussetzungen die Bildung einer Ansparrücklage gemäß § 7 g EStG haben; Hinweis auf die neue Entscheidung</p>

		des BFH (XI R 52/04), so dass bei einer Ansparrücklage es ausreicht, wenn eine Gesamtsumme für mehrere geplante Einzelinvestitionen verbucht werden. Die Posten müssen zwar in einer Liste zusammengestellt werden, die jedoch erst bei Bedarf beim Finanzamt einzureichen ist
65.	Beratung	<p>Steuerstrafrecht</p> <p>Beratung über Nebenfolgen bei Verurteilung wegen Steuerhinterziehung</p> <p>Mandant ist im Besitz eines Waffenscheins; Hinweis auf mögliche Nebenfolgen bei einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung; hier konkret: § 5 Abs. 2 WaffG</p>
66.	Beratung	<p>Erbschaftssteuer</p> <p>Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit Nachlassabwicklung</p> <p>Mandantin ist Ehefrau des Erblassers und als Vorerbin eingesetzt; Erläuterung der Freibeträge im Erbfall; Erläuterung des § 6 ErbStG sowie der §§ 13 und 14 ErbStG</p>
67.	Beratung	<p>Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer</p> <p>Einfache erste Beratungstätigkeit im Zusammenhang mit Gesellschaftsgründung</p> <p>Steuerlicher Belastungsvergleich/Unterschied GmbH zu Personengesellschaft; Erläuterung der geplanten Unternehmenssteuerreform 2008, Erläuterung des steuerlichen Einkunftsunterschiedes bei Geschäftsführergehalt bei GmbH und Personengesellschaft</p>

68.	Beratung	<p>Körperschaftsteuerrecht, Gewerbesteuerrecht</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant ist Mehrheitsgesellschafter und nach streitiger Auseinandersetzung mit alten Geschäftsführer und dessen Abberufung neuer Geschäftsführer einer GmbH; Erläuterung der Bedeutung von vGa bei GmbH; im Rahmen einer umfassenden gesellschaftsrechtlichen Auseinandersetzung Problematik der späteren Betriebsprüfung mit geänderten Gewinnfeststellungen</p>
69.	Förmliche Vertretung	<p>Einkommenssteuer, allgemeines Abgabenrecht</p> <p>Förmliche Vertretung und Begleitung bei Betriebsprüfung; mehrere Besprechungen mit Betriebsprüfer</p> <p>Voraussetzung der Anerkennung von Fahrtenbüchern, Voraussetzung der Anerkennung von Ansparrücklagen gemäß § 7 g EStG; vorübergehende Bilanzierungspflicht auch bei Einnahme-/Überschussrechner (§ 4 Abs. 3 EStG) bei Ausscheiden eines Gesellschafters</p>
70.	Beratung	<p>Erbschaftssteuer, Außensteuer</p> <p>Beratung im Zusammenhang mit Vertretung wegen geerbten Grundstücken in Spanien</p> <p>Mandantin erbt Grundstücke in Spanien; Pflicht zur Angabe für Steuerpflicht in Deutschland; Erbschaftssteuer wird sowohl in Spanien als auch Deutschland fällig werden; Hinweis auf § 2 ErbStG und auf fehlendes Doppelbesteuerungsabkommen bei Erbschaftsangelegenheiten zwischen Deutschland und Spanien,</p>
71.	Beratung	<p>Außensteuerrecht, Zoll</p>

		<p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant ist Arzt und möchte sich in Zürich eine neue Uhr kaufen; Mandant fragt an, ob bei Grenzübertritt in die Schweiz mitgeführtes Bargeld über ca. € 20.000 problematisch sei. Es handle sich um versteuertes Geld des Mandanten, was er zwanglos belegen könne; Hinweis auf Erklärungspflicht nach § 12a FVG ab € 15.000 auf Aufforderung durch Zollbeamten; Hinweis darauf, dass ab dem 15. Juni 2007 die Bargeldkontrollen verschärft wurden und bereits ab mitgeführtem Bargeld von € 10.000 eine Anmeldepflicht bei Reisen in Nicht EU-Ländern und Schweiz besteht</p>
72.	Beratung und Klage vor dem LG Berlin	<p>Buchführung und Bilanzwesen einschließlich des Rechts der Buchführung und Jahresabschlüsse, allgemeines Abgabenrecht und Bewertungs- und Verfahrensrecht</p> <p>Gerichtliche Vertretung vor dem Zivilgericht</p> <p>Mandantin klagt nach Ausscheiden aus Freiberufler GbR ihr zustehende Gewinnauszahlungsansprüche, welche sich aus Differenz von Entnahmen zu den zugewiesenen Gewinnen ergibt; Unterschied der steuerlichen Gewinnermittlung zwischen § 4 Abs. 3 EStG (Einnahme-/Überschussrechnung) und Bilanzierung; keine Bilanzierungspflicht bei Freiberuflern; Begriff des „handelsrechtlichen Jahresabschlusses“ bei Freiberuflern, wenn §§ 243 ff HGB nicht gelten; Problematik der Feststellung von Jahresabschlüssen bei Freiberufler GbR; Entnahmen als steuerneutrale Handlungen; Berücksichtigung und Problematik der Auflösung von Ansparrücklagen gemäß § 7 g EStG nach Ausscheiden eines Gesellschafters, Bewertung eines Gesellschafteranteils; Kriterien einer Bewertung bei Freiberuflern (kein Stuttgarter Verfahren)</p>
73.	Beratung	<p>Einkommensteuerrecht</p> <p>Beratung</p> <p>Mandant will gemeinsam mit weiterer Person eine Diskothek betreiben; Mandant will nicht nach außen in Erscheinung treten; Entwurf eines atypischen stillen Gesellschaftervertrages nebst Darlehensvertrag; Erläuterung der Bedeutung von Einlagen sowie einkommenssteuerliche Behandlung von „Geschäfts-führervergütungen“; Hinweis auf unterschiedliche steuerliche</p>

		<p>Behandlung von Einkünften bei stiller Beteiligung und atypischer stiller Beteiligung; Einkünfte aus Kapitalvermögen einerseits zu Einkünften aus Gewerbebetrieb andererseits; Voraussetzungen einer Mitunternehmerschaft (Mitunternehmerrisiko und Mitunternehmerinitiative); Hinweis auf § 15 a EStG</p>
74.	Beratung	<p>Einkommensteuerrecht, Außensteuerrecht</p> <p>Beratung</p> <p>Mandat hat Konten in der Schweiz geerbt; Hinweis auf Erbschaftsteuerpflicht in Deutschland wegen fehlenden Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz; Erläuterung, dass es mit Österreich ein Doppelbesteuerungsabkommen auch im Erbrecht gibt und daher die rechtliche Situation anders ist; Problematik der Reichweite des Bankgeheimnisses in der Schweiz; unterschiedliche Behandlung von „Steuerbetrug“ und Steuerhinterziehung nach Schweizer Recht</p>
75.	Beratung und Verfahren vor dem LG Zwickau/Außenstelle Plauen	<p>Umsatzsteuerrecht</p> <p>Gerichtliche Vertretung vor dem Zivilgericht</p> <p>Mandantschaft wird wegen Insolvenzverschleppungshaftung vom Vermieter für offene Mietschulden in Anspruch genommen; Vermieter verlangt als Schadensersatz monatliche Bruttomiete; Vortrag, dass Bruttomiete nicht geltend gemacht werden kann, da es vorliegend um einen Schadensersatzanspruch geht und ein Schadensersatzanspruch kein steuerbarer Umsatz gemäß § 1 Abs. 1 UStG ist (vgl. Bunjes/Geist, UStG, 7.Auflage 2003; §1 Rz. 28)</p>
77.	Beratung	<p>Einkommenssteuerrecht, Außensteuerrecht</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant hat Grundstück in Florida geerbt; Problematik der Steuerpflicht bei Veräußerung bzw. für laufende Mieteinnahmen; Hinweis und Erläuterung des</p>

		<p>DBA Deutschland/USA und Steuerpflicht bei Immobilien mit Belegenheitsort USA nur in USA; Erklärung der Bedeutung des Progressionsvorbehalts im Steuerrecht</p>
78.	Beratung	<p>Steuerstrafrecht, Abgabenordnung, Einkommensteuerrecht</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant hat Einkünfte aus Dividenden nicht angegeben (Luxemburger Konten); Selbstanzeigeberatung, Darlegung der unterschiedlichen Verjährung für Strafverfahren (fünfjährige Verjährungsfrist) und ertragsteuerliche Feststellung bei Steuerhinterziehung (ggfs. bis zu 13 Jahren als möglicher Zeitraum)</p>
79.	Beratung	<p>Außensteuerrecht, Einkommensteuerrecht</p> <p>Beratung im Rahmen eines Dauermandates</p> <p>Mandant ist Arzt und möchte möglicherweise nach Österreich oder die Schweiz auswandern; wie viele Tage er sich höchstens in Deutschland aufhalten dürfe, um nicht in Deutschland steuerpflichtig zu sein, er beabsichtige, seine Wohnung in Berlin weiter zu behalten; Hinweis auf Unterschiede von DBA mit Österreich und Schweiz bestehen; mit Schweiz keine Möglichkeit des Zweitwohnsitzes (anders bei Österreich), Österreich ebenfalls Hochsteuerland soweit es nicht um Kapitalerträge geht</p>
80.	Beratung	<p>Einkommenssteuerrecht/Abgabenordnung</p> <p>Kurze Beratung im Rahmen eines Scheidungsverfahrens</p> <p>Mandantin will wissen, wie gemeinsame Veranlagung beendet werden kann, was sei mit Haftung für Steuerschulden des insolventen Ehepartners; Hinweis auf § 268 ff AO mit Möglichkeit der Aufteilung der Steuerschuld</p>

81.	Beratung	<p>Einkommensteuerrecht, Steuerstrafrecht</p> <p>Beratung</p> <p>Prüfung von steuerlichen Einsprüchen gegen Steuerbescheide; Beratung nach Einleitung eines Steuerstrafverfahrens gegen Mandanten; Verjährungsproblematik; Auseinanderfallen der Festsetzungsverjährung von der strafrechtlichen Verfolgungsverjährung</p>
-----	----------	--